



## Aktuelle Informationen aus Brüssel

**Kurznachrichten der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU**

**Nr. 05/09 vom 02.06.2009**

I.	Barca- Bericht: Gemeinsame Veranstaltung in Brüssel .....	2
II.	Aus den Fachbereichen.....	3
1.	Justiz .....	3
1.1.	Parlament: Empfehlung zur Strafgerichtsbarkeit in der EU .....	3
1.2.	EuGH: Urteil zur Auslegung der Brüssel I -Verordnung .....	3
1.3.	EuGH: Schlussantrag zur Überprüfung von Schiedsvereinbarungen von Amts wegen .....	3
1.4.	EuGH: Schlussantrag zur Frage der Zulässigkeit der Nichtigkeitserklärung von Verbraucherverträgen.....	4
2.	Polizei und Katastrophenschutz .....	4
2.1.	Kommission: Uneinheitliche Bestrafung von Verkehrssündern .....	4
2.2.	Rat: Nächster JI- Rat am 4. und 5. Juni 2009.....	4
2.3.	Europol: Bericht zur Lage des Terrorismus in Europa (TE-SAT 2009).....	5
2.4.	EU Amtsblatt: Veröffentlichung des Europol-Beschlusses .....	5
2.5.	EU Amtsblatt: Veröffentlichung der Richtlinie über die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge .....	5
3.	Inneres.....	6
3.1.	EP: Abstimmung über Asylpaket .....	6
3.2.	Rat: Blue-Card Richtlinie und Sanktionsrichtlinie angenommen .....	6
3.3.	EuGH: Urteil zur Frist für die Ausübung des Auskunftsrechts .....	6
3.4.	EuGH: Schlussantrag zur Frage der Ausweisung oder Geldstrafe bei illegalem Aufenthalt .....	6
4.	Wirtschaft.....	7
4.1.	Voller Erfolg: DialogForum "Optische Technologien" in Brüssel.....	7
4.2.	KfW und EIB starten neue Tranche von 100 Mio. EUR für ihr gemeinsames CO2 Programm.....	7
5.	Arbeit und Soziales.....	8
5.1.	EU-Arbeitszeit-Richtlinie scheitert .....	8
5.2.	Beschäftigungsgipfel in Prag .....	8
5.3.	Gleichstellungsbericht 2009 vorgelegt.....	9
6.	Gesundheit .....	9
6.1.	EuGH-Urteil zu Doc Morris Apotheken in Deutschland .....	9
7.	Kultur und Medien .....	9
7.1.	Öffentliche Konsultation zum Europäischen Kulturerbe-Siegel gestartet .....	9

8.	Forschung.....	10
8.1.	Konferenz zu Nachhaltigkeit und Forschung.....	10
9.	Umwelt- und Naturschutz .....	10
9.1.	Emissionshandel: Die meisten Sektoren erhalten Zertifikate kostenlos .....	10
9.2.	Öffentliche Konsultation: IKT für eine "Low Carbon Society" .....	10
9.3.	LIFE+ Natur: Neue Ausschreibung.....	10
10.	Verschiedenes .....	11
10.1.	RBB Serie: Mission Europa .....	11
III.	Aus der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU .....	11
1.1.	Arbeitsbesuch des Staatssekretärs des Ministeriums des Innern mit Brandenburgischen Landräten am 28./29. Mai in Brüssel.....	11
1.2.	Verabschiedung des langjährigen Landwirtschaftsreferenten und der Innen- und Justizreferentin der Vertretung sowie Änderungen im Zuständigkeitsbereich.....	11

## I. Barca- Bericht: Gemeinsame Veranstaltung in Brüssel

Die Diskussion zur Zukunft der Regionalpolitik nach 2013 hat in Brüssel bereits begonnen. Als wesentlicher Teil der Debatte wird der „Barca Bericht“ gewertet. Dieser Bericht wurde im auftrag von Frau Kommissarin Hübner am 27.04.09 veröffentlicht. Sie hatte den Italiener Fabrizio Barca mit der eines Thesenpapiers beauftragt. Der Bericht ist nachzulesen unter: [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/policy/future/barca\\_en.htm](http://ec.europa.eu/regional_policy/policy/future/barca_en.htm). Fabrizio Barca ist Abteilungsleiter im italienischen Ministerium für Wirtschaft und Finanzen sowie Präsident des OECD-Ausschusses für Territoriale Politik und somit ein ausgewiesener Fachmann.



Mit dem Ziel, die Debatte zum „Barca-Bericht“ so direkt wie möglich zu führen, diskutierten am 14. Mai rund 120 Vertreterinnen und Vertretern der in Brüssel akkreditierten europäischen Regionalbüros auf Einladung der Vertretungen des Freistaates Bayern sowie des Landes Brandenburg bei der EU mit Fabrizio Barca. Der Präsentation des Berichts schloss sich eine Diskussion an, an der sich auch Eric von Breska, stellvertretender Referatsleiter des Referates „Konzeption“, aus der Generaldirektion

Regionalpolitik beteiligte.

Es wurde deutlich, dass Fabrizio Barca mit seinem Bericht ein wesentliches Ziel bereits jetzt erreicht hat: Seine Thesen zur Zukunft der Regionalpolitik bedürfen eines Kommentars aus den Regionen. Diese Möglichkeit wurde von den Teilnehmern durch eine lebhafte Debatte mit dem Autor genutzt.

(Birgit Urban)

## II. Aus den Fachbereichen

### 1. Justiz

#### 1.1. Parlament: Empfehlung zur Strafgerichtsbarkeit in der EU

Am 07. Mai 2009 hat das Europäische Parlament eine Empfehlung an den Rat angenommen, insbesondere die Arbeit im Bereich der Wahrung der Grundrechte unverzüglich wieder aufzunehmen. Dies betrifft den Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung, die Entwicklung gleichwertiger Standards für die Verfahrensrechte sowie die Angleichung der Mindestregeln in Bezug auf bestimmte Aspekte des Strafverfahrens, das Recht auf juristischen Beistand, das Recht auf Beibringung von Beweisen, das Recht auf Zugang zu allen wesentlichen Schriftstücken in einer Sprache, die der Verdächtige/Angeklagte versteht, das Recht auf einen Dolmetscher, das Recht auf rechtliches Gehör und das Recht auf Verteidigung, Mindeststandards für die Haft sowie wirksame und zugängliche Rechtsbehelfe für natürliche Personen.

Der vollständige Empfehlungstext ist abrufbar unter:  
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2009-0386+0+DOC+XML+V0//DE>  
(Kirsten Pasedag)

#### 1.2. EuGH: Urteil zur Auslegung der Brüssel I-Verordnung

Mit Urteil vom 14. Mai 2009 hat sich der EuGH mit der Auslegung von Art. 15 Abs. 1 Buchst. c der Brüssel I-Verordnung (44/2001) über die gerichtliche Zuständigkeit sowie die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen befasst. In dem Ausgangsrechtstreit hatte eine österreichische Staatsangehörige einen deutschen Versandhändler vor einem österreichischen Gericht auf Auszahlung eines versprochenen Gewinns verklagt. Dabei wurde die Zuständigkeit des österreichischen Gerichts auf Art. 15 Abs. 1 der Brüssel I-Verordnung gestützt, welcher den Abschluss eines Vertrages voraussetzt. Der EuGH hat mit dem Urteil C-180/06 nunmehr entschieden, dass in dem vorgelegten Fall, wo nicht gleichzeitig auch eine Bestellung seitens des Verbrauchers erfolgt ist, die Klage Art. 15 Abs. 1 Buchst. c dieser Verordnung unterliege, wenn sich der gewerbsmäßige Verkäufer rechtlich gebunden hat, dem Verbraucher den Preis auszuführen. Der Versandhändler muss demnach klar seinen Willen zum Ausdruck gebracht haben, im Fall einer Annahme durch den Verbraucher bedingungslos den zugesagten Gewinn auszuführen. Ob diese Voraussetzung in dem vorgelegten Rechtsstreit erfüllt ist, sei durch das vorliegende Gericht zu beurteilen.

Urteil: <http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&newform=newform&Submit=Suchen&alljur=alljur&jurcdj=jurcdj&jurtpi=jurtpi&jurtfp=jurtfp&alldocrec=alldocrec&docj=docj&docor=docor&docop=docop&docav=docav&docsom=docsom&docinf=docinf&alldocnore>  
(Svea Bernhöft)

#### 1.3. EuGH: Schlussantrag zur Überprüfung von Schiedsvereinbarungen von Amts wegen

Am 14. Mai 2009 hat die Generalanwältin in der Rechtssache C-40/08 ihre Schlussanträge gestellt. Die Vorlagefrage betrifft die Auslegung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates vom 5. April 1993 über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen. Im Einzelnen geht es dabei um die Frage, ob sich aus dem Richtlinienziel des Verbraucherschutzes ergibt, dass der nationale Richter, der über einen Antrag auf Zwangsvollstreckung zu entscheiden hat, die Frage der Nichtigkeit der Schiedsvereinbarung von Amts prüfen und in der Folge den Schiedsspruch aufheben kann, weil die Schiedsvereinbarung seiner Auffassung nach eine missbräuchliche Klausel zum Nachteil des Verbrauchers enthält.

Die Generalanwältin hat in ihrem Schlussantrag diese Frage bejaht.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&newform=newform&Submit=Suchen&alljur=alljur&jurcdi=jurcdi&iurtpi=iurtpi&iurftp=iurftp&alldocrec=alldocrec&docj=docj&docor=docor&docop=docop&docav=docav&docsom=docsom&docinf=docinf&alldocnore>

(Kirsten Pasedag)

#### **1.4. EuGH: Schlussantrag zur Frage der Zulässigkeit der Nichtigkeitserklärung von Verbraucherverträgen**

Am 7. Mai 2009 hat die Generalanwältin ihre Schlussanträge in der Rechtssache C-227/08 gestellt. Die vorliegende Rechtssache wirft die Frage auf, ob ein nationales Gericht von Amts wegen tätig werden und einen außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Vertrag für nichtig erklären darf, weil der Verbraucher nicht über sein Widerrufsrecht belehrt wurde, obwohl ihm das geltende nationale Recht in diesem Fall kein Tätigwerden von Amts wegen erlaubt und der Verbraucher, der eine solche Belehrung nicht erhalten hat, selbst die Nichtigklärung des Vertrags beantragen muss. Die Rechtssache bezieht sich auf die Auslegung der Bestimmungen des EG-Vertrags zum Verbraucherschutz sowie die Auslegung von Art. 4 Abs. 3 der Richtlinie 85/577/EWG des Rates vom 20. Dezember 1985 betreffend den Verbraucherschutz im Falle von außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen, wonach die Mitgliedstaaten für geeignete Maßnahmen zum Schutz des Verbrauchers für den Fall sorgen müssen, dass er nicht über das Widerrufsrecht belehrt wurde.

Die Generalanwältin schlägt vor, Art. 153 EG in Verbindung mit Art. 3 Abs. 1 Buchst. t EG und Art. 4 Abs. 3 der Richtlinie dahin auszulegen, dass er es einem nationalen Gericht unter Umständen wie denen in der vorliegenden Rechtssache nicht erlaubt, einen Vertrag von Amts wegen für nichtig zu erklären, wenn sich der Verbraucher im Verfahren vor diesem Gericht nicht auf die Nichtigkeit berufen hat; allerdings muss das nationale Gericht von Amts wegen feststellen, ob der Verbraucher über sein Recht auf Widerruf des Vertrags belehrt wurde, und ihn, wenn er darüber nicht belehrt wurde, über die Rechte informieren, die ihm in diesem Fall das nationale Recht gewährt.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/gettext.pl?where=&lang=de&num=79909492C19080227&doc=T&ouvert=T&seance=CONCL#Footnote2#Footnote2>

(Kirsten Pasedag)

## **2. Polizei und Katastrophenschutz**

### **2.1. Kommission: Uneinheitliche Bestrafung von Verkehrssündern**

Gemäß eines Kommissionsberichts, der die Umsetzung der so genannten "Sozialvorschriften" für Tätigkeiten im Straßenverkehr durch die Mitgliedsländer überprüft hat, werden die Strafen für Verstöße gegen vorgeschriebene EU-Lenk- und Ruhezeiten sowie die Aufzeichnung von Fahrtenschreibern in den Mitgliedsländern sehr unterschiedlich angewendet. Bereits im Januar hat die Kommission erste Schritte eingeleitet, um gegen die Diskrepanzen bei der Umsetzung der "Sozialvorschriften für Tätigkeiten im Kraftverkehr" durch die Mitgliedstaaten vorzugehen. Dazu hat sie den Mitgliedstaaten Leitlinien zur Kategorisierung von Verstößen die Hand gegeben.

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/8494\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/8494_de.htm)

(Kirsten

Pasedag)

### **2.2. Rat: Nächster JI- Rat am 4. und 5. Juni 2009**

Die Justiz- und Innenminister werden in der letzten Sitzung unter tschechischer Präsidentschaft am 4./5. Juni 2009 voraussichtlich folgende Vorhaben thematisieren, bevor dann Schweden am 01. Juli 2009 die Präsidentschaft übernimmt:

- Asyl-Paket
- Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen

- Rahmenbeschluss zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz von Opfern
- Mitteilung der Kommission betreffend das Gemeinschaftskonzept zur Verhütung von Naturkatastrophen und von Menschen verursachten Katastrophen
- SIS II
- Guantanamo
- Gemeinsamer Referenzrahmen für ein europäisches Vertragsrecht
- Anwendung des Europäischen Haftbefehls
- Rahmenbeschluss zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie

Die informelle Tagung des JI-Rates zu Beginn der schwedischen Präsidentschaft ist vom 15. bis 17. Juli vorgesehen.

(Svea Bernhöft)

### **2.3. Europol: Bericht zur Lage des Terrorismus in Europa (TE-SAT 2009)**

Nach dem Bericht des Europäischen Polizeiamtes zur Lage des Terrorismus in Europa nehmen der islamistische und der separatistische Terrorismus mit ca. 50 und 39 % den größten Teil der Verfahren ein. Die Zahl der Verhaftungen von Terrorismusverdächtigen in den Mitgliedsstaaten ging von 2007 auf 2008 um ca. 24 % zurück. Wegen der relativen Unabhängigkeit der Verhaftungen von terroristischen Ereignissen wird aber weiterhin von einer hohen Bedrohung ausgegangen.

[http://www.europol.europa.eu/publications/EU\\_Terrorism\\_Situation\\_and\\_Trend\\_Report\\_TE-SAT/TE-SAT2009.pdf](http://www.europol.europa.eu/publications/EU_Terrorism_Situation_and_Trend_Report_TE-SAT/TE-SAT2009.pdf) (englisch)

(Stefan Pohl)

### **2.4. EU Amtsblatt: Veröffentlichung des Europol-Beschlusses**

Am 15. Mai 2009 wurde der Beschluss des Rates zur Errichtung des Europäischen Polizeiamtes (Europol) im Amtsblatt der EU veröffentlicht, nachdem dieser auf dem Rat der Justiz- und Innenminister am 6. April endlich als A- Punkt, d. h. ohne weitere Aussprache, angenommen wurde. (s. auch Bericht aus Brüssel Nr. 04/09 vom 28.04.2009)

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:121:0037:0066:DE:PDF>

(Kirsten Pasedag)

### **2.5. EU Amtsblatt: Veröffentlichung der Richtlinie über die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge**

Am 15. Mai 2009 wurde die Richtlinie 2009/33/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge im Amtsblatt der EU veröffentlicht.

Gemäß dieser Richtlinie sind die Auftraggeber und bestimmte Betreiber dazu verpflichtet, beim Kauf von Straßenfahrzeugen die Energie- und Umweltauswirkungen, einschließlich des Energieverbrauchs, der CO<sub>2</sub>-Emissionen und bestimmter Schadstoffemissionen während der gesamten Lebensdauer, zu berücksichtigen, um den Markt für saubere und energieeffiziente Fahrzeuge zu fördern und zu beleben und den Beitrag des Verkehrssektors zur Umwelt-, Klima- und Energiepolitik der Europäischen Union zu verbessern.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:120:0005:0012:DE:PDF>

(Kirsten Pasedag)

### **3. Inneres**

#### **3.1. EP: Abstimmung über Asylpaket**

Das Europäische Parlament hat am 07.05.09 dem Vorschlag der Kommission über ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung des EU-Asylsystems weitgehend zugestimmt. Insbesondere wird die Weiterentwicklung des Systems Eurodac unterstützt und an der Schaffung eines europäischen Unterstützungsbüros in Asylfragen („Asyl-Support Office“) festgehalten. Dem Vorschlag der Gleichstellung von Asylbewerbern und eigenen Staatsbürgern bei der Inanspruchnahme von Sozialleistungen wurde nicht entsprochen.

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/022-55223-124-05-19-902-20090506IPR55222-04-05-2009-2009-true/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/022-55223-124-05-19-902-20090506IPR55222-04-05-2009-2009-true/default_de.htm) (deutsch)

(Stefan Pohl)

#### **3.2. Rat: Blue-Card Richtlinie und Sanktionsrichtlinie angenommen**

In der Sitzung des Rates für Landwirtschaft und Fischerei am 25. Mai 2009 wurden die Blue-Card - Richtlinie und die Sanktionsrichtlinie als A- Punkte, d. h. ohne weitere Diskussion angenommen. Die Blue-Card Richtlinie eröffnet Fachkräften aus Drittstaaten die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme in der EU und erhöht damit die Wettbewerbsfähigkeit der Union. Voraussetzung der Erteilung ist unter anderem die Vorlage eines Arbeitsvertrages mit überdurchschnittlichem Gehalt, sowie eine entsprechende Fachqualifikation.

In der weiteren Richtlinie werden den Mitgliedsstaaten Vorgaben zur Sanktionierung der Arbeitgeber aufgegeben, die eine illegale Beschäftigung ermöglichen.

Die Umsetzungsfrist beider Richtlinien beträgt 2 Jahre.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/107995.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/107995.pdf) (englisch)

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/misc/107988.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/misc/107988.pdf) (englisch)

[http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/eu\\_nachrichten/eu-nachr.18\\_2009web.pdf](http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/eu_nachrichten/eu-nachr.18_2009web.pdf)

(deutsch)

(Stefan Pohl)

#### **3.3. EuGH: Urteil zur Frist für die Ausübung des Auskunftsrechts**

Nach dem EuGH liegt ein Verstoß gegen die Datenschutzrichtlinie 95/46/EG nahe, wenn die Empfänger personenbezogener Daten schon nach einem Jahr gelöscht, die personenbezogenen Daten des *Betroffenen* jedoch viel länger aufbewahrt werden. Die Bestimmung der Aufbewahrungsfrist über die Daten steht den Mitgliedsstaaten zwar frei, jedoch darf das Auskunftsrecht des Betroffenen über die Daten des Empfängers nicht hinter der Pflicht zur Aufbewahrung der personenbezogenen Basisdaten zurückstehen. In dem der Entscheidung zugrunde liegenden Sachverhalt hatte der Kläger seine ehemalige (niederländische) Gemeinde aufgefordert die Empfänger mitzuteilen, die ihn betreffende Daten seitens der Gemeindeverwaltung in den vorausgegangenen zwei Jahren erhalten haben. Die Gemeinde entsprach dem Antrag nur bezüglich des vorangegangenen Jahres, obgleich die Daten des betroffenen Antragstellers viel länger aufbewahrt wurden. Az.: C-553/07

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

<http://www.jurion.de/login/login.jsp?goToUrl=../urteil/319421.html&docid=1-319421>

(Stefan Pohl)

#### **3.4. EuGH: Schlussantrag zur Frage der Ausweisung oder Geldstrafe bei illegalem Aufenthalt**

Das vorliegende (spanische) Gericht bezweifelt die Vereinbarkeit der Verhängung einer Geldstrafe bei illegalem Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen mit dem Gemeinschaftsrecht. Gemäß des Schlussantrages der Generalanwältin des EuGH vom 19. Mai 2009 wird keine Kollision von nationalem und Gemeinschaftsrecht erkannt, wenn anstatt der Ausweisung eine Geldstrafe



aufgelegt wird. Die Entscheidung des Gerichts steht noch aus. Gegenständliche Rechtsquellen: EG 562/2006 (Schengener Grenzkodex) und SDÜ.

Az.: C-261/08 und C-348/08

<http://curia.europa.eu/juris/cgi-bin/form.pl?lang=de&newform=newform&Submit=Suchen&alljur=alljur&jurcdj=jurcdj&jurtpi=jurtpi&jurtfp=jurtfp&alldocrec=alldocrec&docj=docj&docor=docor&docop=docop&docav=docav&docsom=docsom&docinf=docinf&alldocnore>

## **4. Wirtschaft**

### **4.1. Voller Erfolg: DialogForum "Optische Technologien" in Brüssel**

Zum fünften Mal fand am 13. Mai 2009 in Brüssel ein DialogForum statt, dieses Mal zum Thema „Optische Technologien“. Es haben insgesamt 35 Teilnehmer aus Unternehmen und Forschungsinstituten der Hauptstadtregion teilgenommen. Begleitet wurde die Gruppe von der Berliner Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen, Frau Nehring- Venus, sowie von Herrn Oehler, Abteilungsleiter im Potsdamer Wirtschaftsministerium.

An der inhaltlichen Vorbereitung waren neben den Wirtschaftsverwaltungen beider Länder die Technologiestiftung Berlin (TSB), das länderübergreifende Branchennetzwerk OpTecBB sowie die Zukunftsagentur Brandenburg und Berlin Partner beteiligt.

Das DialogForum war als Tagesveranstaltung konzipiert, die sich auf drei thematische Schwerpunkte konzentrierte:

1. inhaltlichen Diskussionen zur Zukunft der Clusterpolitik in Europa,
2. Diskussion zur Bedeutung des Themas "Photonics" für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa,
3. Workshop mit der Vorstellung verschiedener Projektideen für das 7. Forschungsrahmenprogramm.

Das Tagesprogramm wurde durch einen gemeinsamen Abendempfang abgerundet.

Insgesamt erfreute sich das DialogForum eines guten Zuspruchs von Besuchern und hochrangigen Vertretern der EU-Kommission. Die Tagesveranstaltung wurde durch Herrn Dr. Strohmeier, Kabinettschef von Frau Kommissarin Reding (zuständig für Medien und Informationstechnologien) eröffnet. Die Brandenburgerin, Frau Dr. Erler, Kabinettschefin von Herrn Kommissar Verheugen (zuständig für Unternehmen) hielt die Ansprache im Rahmen der Abendveranstaltung.

Das „Dialog Forum“ ist eine Gemeinschaftsveranstaltung der Länder Berlin und Brandenburg, die unter Einbeziehung der Gemeinsamen Wirtschaftsrepräsentanz Berlin Brandenburg in Brüssel gemeinsam konzipiert und finanziert wird. Das DialogForum ist darauf ausgerichtet, ein ausgewähltes Branchenkompetenzfeld der Hauptstadtregion den Vertretern der EU-Institutionen in Brüssel vorzustellen und auch Projektideen für EU-Programme, wie z. B. dem 7. Forschungsrahmenprogramm, zu präsentieren. Somit stellt das DialogForum eine direkte Unterstützung der Länder Berlin und Brandenburg für Unternehmen und Forschungsinstitute bei der Akquise von Fördermitteln dar.

(Birgit Urban)

### **4.2. KfW und EIB starten neue Tranche von 100 Mio. EUR für ihr gemeinsames CO<sub>2</sub> Programm**

Am 27.05.2009 haben die KfW und die Europäische Investitionsbank (EIB) den Startschuss für die zweite Tranche des EIB-KfW CO<sub>2</sub> Programms gegeben und ein entsprechendes Memorandum unterzeichnet. Die neue Tranche des Programms legt den Schwerpunkt der Projekte auf die ärmsten Entwicklungsländer und die Entwicklung von so genannten programmatischen Ansätzen. Geplant ist der Kauf von Klimaschutzzertifikaten bis zum Jahr 2020 mit einem Volumen von 100 Mio. EUR. Endabnehmer der Zertifikate werden vorrangig europäische Unternehmen sein, die Verpflichtungen im Rahmen des Europäischen Emissionshandelssystems einhalten müssen. Das neue Kaufprogramm soll der Verknappung an Klimaschutzzertifikaten und Preissteigerungen für europäische Unternehmen, als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise, entgegen wirken.

Mehr unter. <http://www.eib.org/about/press/2009/2009-093-kfw-and-eib-launch-new-eur-100-million-tranche-for-joint-co2-programme.htm?lang=de>

(Ulrike Kieper)

## **5. Arbeit und Soziales**

### **5.1. EU-Arbeitszeit-Richtlinie scheitert**

Das Europäische Parlament und der Rat der 27 Mitgliedstaaten konnten sich auch in der dritten Runde des Vermittlungsausschusses zur Arbeitszeit-Richtlinie nicht auf einen Kompromiss zu den Regeln für die wöchentliche Höchstarbeitszeit verständigen. Damit ist der Richtlinienentwurf in der zweiten EP-Lesung gescheitert. Das EP bestand auf einem Auslaufen der derzeit gültigen Ausnahmeregeln von der Höchstarbeitszeit (sog. Opt-out, statt 48 Stunden sind derzeit bis zu 60 Stunden möglich). Dies ist v.a. für Bereitschaftszeiten von Ärzten und Krankenhauspersonal relevant, strittig war insbes., ob Bereitschaftszeiten als Arbeitszeit zu bewerten sind oder nicht. Seit dem Vertrag von Amsterdam von 1997, der das erweiterte Mitentscheidungsverfahren des EP festlegt, ist damit zum ersten Mal ein Vermittlungsverfahren zwischen Parlament und EU-Ministerrat gescheitert. Die bestehende EU-Richtlinie 93/104/EG und die ergänzende Richtlinie 200/34/EG sind somit weiterhin in Kraft.

(Kathrin Rahn)

### **5.2. Beschäftigungsgipfel in Prag**

Am 7. Mai haben sich Vertreter der Kommission und der Trio- EU- Ratspräsidentschaft (Tschechien, Schweden, Spanien) mit den Sozialpartnern zu einem Sonderbeschäftigungsgipfel in Prag getroffen, um über die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf den Arbeitsmarkt zu beraten. Die Kommission rechnet mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen in 2010 um 8.5 Millionen. 10 Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, die in den nationalen Strategien zur Bewältigung der Krise berücksichtigt werden sollen, wurden herausgearbeitet:

- Erhaltung der Arbeitsplätze von möglichst vielen Arbeitnehmern durch zeitweise Anpassung der Arbeitszeiten in Kombination mit Umschulung,
- Förderung von Unternehmergeist und Arbeitsplatzschaffung, z. B. durch Senkung der Lohnnebenkosten,
- effizientere nationale Arbeitsverwaltungen durch Angebote intensiver Beratung, Schulungen und Hilfe bei Arbeitslosigkeit vor allem für junge Arbeitslose;
- signifikante Steigerung der Zahl qualitativ hochwertiger Lehrstellen und Praktika;
- Förderung integrativer Arbeitsmärkte durch Anreize zur Arbeit, wirksame aktive Arbeitsmarktstrategien und modernere Sozialschutzsysteme;
- Steigerung des Kompetenzniveaus auf allen Ebenen durch lebenslanges Lernen;
- Nutzung der Mobilität der Arbeitskräfte zur bestmöglichen Abstimmung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt;
- Ermittlung von Beschäftigungsmöglichkeiten und Qualifikationserfordernissen sowie Verbesserung der Vorhersage des Kompetenzbedarfs, um passende Schulungen anbieten zu können;
- Unterstützung von Arbeitslosen und jungen Menschen bei der Unternehmensgründung, z. B. durch Schulungen für Unternehmer, Startkapital oder Senkung bzw. Erlassung der Steuer für junge Unternehmen und
- Antizipierung und Bewerkstelligung von Umstrukturierungen durch wechselseitiges Lernen und Austausch bewährter Verfahren.

(Kathrin Rahn)



### **5.3. Gleichstellungsbericht 2009 vorgelegt**

Die Kommission hat den jährlichen Fortschrittsbericht, der die Umsetzung der langfristig angelegten Gleichstellungsziele der EU in den Mitgliedstaaten untersucht, Defizite analysiert und Verbesserungsvorschläge enthält, vorgelegt. Darin hält die Kommission u.a. fest, dass die Erwerbstätigkeit von Frauen zwar zugenommen hat, die Qualität dieser Arbeitsplätze jedoch nicht verbessert wurde. Aufgrund von häufigeren Teilzeitbeschäftigungen, schlecht bezahlten und mit geringen Kompetenzen verbundenen Arbeitsplätzen sind Frauen höheren Risiken der Abhängigkeit von ergänzenden Transfereinkommen und drohender Arbeitslosigkeit ausgesetzt als Männer.

Der Gleichstellungsbericht ist in englischer Sprache einsehbar unter:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=738&langId=en&pubId=86&furtherPubs=yes>

(Kathrin Rahn)

## **6. Gesundheit**

### **6.1. EuGH-Urteil zu Doc Morris Apotheken in Deutschland**

Der niederländische Pharmavertrieb Doc Morris darf nach dem EuGH-Urteil vom 19. Mai 2009 nur dann Franchisebetriebe in Deutschland betreiben, wenn deren Inhaber ein deutscher Apotheker ist. Ein Vertrieb über Versandhäuser, Drogerieketten und Lebensmitteldiscounter, die auf das einträgliche Geschäft mit dem Verkauf von Medikamenten gehofft hatten, ist damit nicht möglich.

Mit seinem Urteil bestätigt der Europäische Gerichtshof, dass das deutsche Apothekengesetz, welches ein Fremdbesitzverbot vorsieht, mit dem europäischen Recht vereinbar ist. In Deutschland dürfen nur Apotheker mit deutscher Approbation Apotheken betreiben.

In der Urteilsbegründung hieß es, die deutschen Regeln schränken zwar die Niederlassungsfreiheit innerhalb der EU ein, dies lasse sich jedoch mit dem Ziel rechtfertigen, eine sichere und qualitativ hochwertige Arzneimittelversorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Damit bestätigte der EuGH, dass die Mitgliedstaaten den freien Wettbewerb zum Schutz der Gesundheit beschränken dürfen. Die Pressemitteilung zum EuGH-Urteil C-171/07 kann auf folgender Webseite eingesehen werden: <http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2009-05/cp090044de>.

(Kathrin Rahn)

## **7. Kultur und Medien**

### **7.1. Öffentliche Konsultation zum Europäischen Kulturerbe-Siegel gestartet**

Das Europäische Kulturerbe-Siegel wurde 2007 als zwischenstaatliche Initiative einiger europäischer Staaten ins Leben gerufen. Seither wurden 60 kulturelle Stätten in 18 europäischen Staaten (davon 17 EU-Mitgliedstaaten) mit dem Siegel ausgezeichnet. Ziel ist es, die Verbundenheit der Bürger mit der europäischen Geschichte und Identität zu stärken und das Zugehörigkeitsgefühl zu einem gemeinsamen Kulturraum zu festigen. Der Rat hatte am 20.11.2008 beschlossen, das Kulturerbe-Siegel nach dem Vorbild der Europäischen Kulturhauptstädte in eine förmliche Initiative der EU umzuwandeln. Die Kommission hat hierzu eine Folgenabschätzung einschließlich einer öffentlichen Konsultation gestartet. Am 10. Juni findet hierzu eine öffentliche Veranstaltung in Brüssel statt, an der interessierte Personen oder Organisationen teilnehmen können. Das Programm findet sich auf folgender Webseite, auf der sich auch für die Veranstaltung angemeldet werden kann: [http://ec.europa.eu/culture/news/pdf/agenda\\_EHL\\_10\\_06\\_09.pdf](http://ec.europa.eu/culture/news/pdf/agenda_EHL_10_06_09.pdf).

(Kathrin Rahn)

## **8. Forschung**

### **8.1. Konferenz zu Nachhaltigkeit und Forschung**

In Brüssel fand vom 26. bis 28. Mai 2009 die Konferenz „Sustainable development: a challenge for European research“ statt. Die Konferenz wurde von EU- Forschungskommissar Janez Potočnik eröffnet. Es wurden wissenschaftliche Papiere ausgezeichnet und es fanden sowohl Plenar- als auch Parallelvorträge zu einer Reihe von Themen statt, z. B. zu Fragen der Stadtentwicklung, der Forschung in oder für Unternehmen, Gewässerschutz oder Forschungskonzepten. Zu den Referenten gehörten Wissenschaftler aus dem GeoForschungsZentrum Potsdam (GFZ), dem Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) und dem Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) in Brandenburg. Mehr zur Konferenz unter: [http://ec.europa.eu/research/sd/conference/2009/index\\_en.cfm](http://ec.europa.eu/research/sd/conference/2009/index_en.cfm). Die PPT- Vorträge sind abrufbar unter: [http://ec.europa.eu/research/sd/conference/2009/index\\_en.cfm?pg=programme-details&show=all#programme](http://ec.europa.eu/research/sd/conference/2009/index_en.cfm?pg=programme-details&show=all#programme)  
(Ellen Kray)

## **9. Umwelt- und Naturschutz**

### **9.1. Emissionshandel: Die meisten Sektoren erhalten Zertifikate kostenlos**

Nach einer aktuellen Studie der EU-KOM können mehr als die Hälfte aller Industriesektoren Anspruch auf eine kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten im Rahmen des Europäischen Emissionshandels (ETS) hoffen, weil sie den Kriterien des "carbon leakage" genügen. ETS umfasst insgesamt 258 Sektoren der europäischen Wirtschaft, es waren Ausnahmen vereinbart worden für solche Sektoren, bei denen die Gefahr bestand, dass diese Produktion in das außereuropäische Ausland verlagert werden könnte (= "carbon leakage"). Die Kommission wurde aufgefordert, zu bewerten, um welche Sektoren es sich dabei konkret handelt. In einem Zwischenbericht kommt sie nun zu dem Schluss, dass 143 der bisher untersuchten 231 Sektoren Anspruch auf freie Zuteilung von Zertifikaten haben. Die Tabelle mit den Sektoren – auf Basis der europäischen NACE-Nomenklatur für Wirtschaftssektoren – ist zu finden unter: [http://ec.europa.eu/environment/climat/emission/pdf/20090429results\\_quantitative\\_assess\\_sectors\\_nace4.pdf](http://ec.europa.eu/environment/climat/emission/pdf/20090429results_quantitative_assess_sectors_nace4.pdf)  
(Ellen Kray)

### **9.2. Öffentliche Konsultation: IKT für eine “Low Carbon Society”**

Im März 2009 veröffentlichte die EU-KOM eine Mitteilung über „die Mobilisierung der Informations- und Kommunikationstechnologien für die Erleichterung des Übergangs zu einer energieeffizienten, kohlenstoffarmen Wirtschaft“. Es schloss sich eine öffentliche Konsultation an, die am 14. Juni 2009 endet. Wer sich noch beteiligen will kann das tun unter: <http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=ICT4EE3> Im Anschluss an die öffentliche Konsultation ist die Annahme einer Empfehlung für die zweite Jahreshälfte 2009 geplant.  
(Ellen Kray)

### **9.3. LIFE+ Natur: Neue Ausschreibung**

Seit dem 15. Mai kann man sich wieder für die Förderung für Naturschutzprojekte im LIFE+-Programm bewerben. Rund 250 Millionen Euro stehen im Jahr 2009 zur Verfügung. Projektvorschläge müssen bis zum 15. September eingereicht werden. Mehr unter: <http://ec.europa.eu/environment/life/funding/lifeplus.htm>  
(Ellen Kray)

## 10. Verschiedenes

### 10.1. RBB Serie: Mission Europa

Am 9. Mai wurde in Brandenburg aktuell ein Beitrag über die Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU ausgestrahlt. Der Beitrag ist zu finden unter: [http://www.orb.de/etc/medialib/rbb/rbb/aktuell/dossier/aktuell\\_20090509\\_euro.asx.format\\_0001.1.a.sx](http://www.orb.de/etc/medialib/rbb/rbb/aktuell/dossier/aktuell_20090509_euro.asx.format_0001.1.a.sx) Weitere Beiträge, z. B. über Norbert Glante (SPD), den scheidenden Europaabgeordneten Helmuth Markov (Die Linke) oder zum Thema Lobbyismus mit der gemeinsamen Wirtschaftsrepräsentanz Berlin- Brandenburg, finden sich unter: [http://www.rbb-online.de/brandenburgaktuell/sendestrecke\\_beitraege/europawahl\\_20090.html](http://www.rbb-online.de/brandenburgaktuell/sendestrecke_beitraege/europawahl_20090.html)  
(Ellen Kray)

## III. Aus der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU

### 1.1. Arbeitsbesuch des Staatssekretärs des Ministeriums des Innern mit Brandenburgischen Landräten am 28./29. Mai in Brüssel

Am 28. und 29. Mai 2009 hielt sich Staatssekretär Hans-Jürgen Hohnen aus dem Innenministerium mit Landräten zu einem Arbeitsbesuch in Brüssel auf. Auf der Tagesordnung standen Geodaten und Geotechnologie, die Dienstleistungsrichtlinie sowie aktuelle Probleme und Entwicklungen im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge und des Vergaberechts. Am Freitag hielt Europa-Staatssekretär Dr. Gerd Harms einen Vortrag zum Spannungsverhältnis zwischen der kommunalen Daseinsvorsorge und dem europäischen Binnenmarkt. Im Anschluss daran gab es einen Gedankenaustausch zwischen der kommunalen Seite und einem Vertreter der Europäischen Kommission. Die Informationsreise wurde durch einen Besuch des Ausschusses der Regionen abgerundet.  
(Ulrike Kieper und Emilie Gaub)

### 1.2. Verabschiedung des langjährigen Landwirtschaftsreferenten und der Innen- und Justizreferentin der Vertretung sowie Änderungen im Zuständigkeitsbereich

Nach neunjähriger Tätigkeit als Referent für Landwirtschaft und Forstpolitik in der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU ist Dr. Domeratzky zum 1. Juni wieder in das abordnende Ministerium für ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz zurückgekehrt. Er arbeitet nun im Referat ...des MLUV. Während seiner langjährigen Tätigkeit in Brüssel hat Dr. Domeratzky die Interessen des Landes im Bereich Landwirtschaft und Forstpolitik bei den EU-Institutionen bestens vertreten und war ein überaus geschätzter Kollege im Team der Landesvertretung. Die Mitarbeiter der Vertretung sowie die Mitglieder des Arbeitskreises Landwirtschaft, den er viele Jahre leitete, verabschiedeten Dr. Domeratzky bei einem Empfang, zu dem weitere Ansprechpartner aus den EU-Institutionen zugegen waren. Sein Nachfolger, Herr Ecker, hat zum 2. Juni seine Tätigkeit in der Vertretung aufgenommen. Er war Oberforststrat in Drebkau im Süden Brandenburgs und arbeitete zuletzt in der Naturschutzabteilung im MLUV. Er wird nun in Brüssel den gesamten Ressortbereich des MLUV vertreten.



Ebenfalls Ende Mai erfolgte die Verabschiedung von Frau Pasedag, die für mehr als ein Jahr die Belange des Innenministeriums im Bereich polizeiliche Zusammenarbeit sowie des

Justizministeriums in Brüssel hervorragend vertreten hat. Frau Pasedag wird nun im Stabsbereich des LKA in Eberswalde tätig sein. Ihr Verabschiedungsempfang, der von zahlreichen Mitarbeitern der Länderbüros und EU-Institutionen besucht war, bot zudem die Gelegenheit, ihre Nachfolgerin, Frau Bernhöft, weiteren Ansprechpartnern vorzustellen. Frau Bernhöft war zuletzt in der Polizeiabteilung des Innenministeriums tätig und hat zum 2. Juni den Aufgabenbereich von Frau Pasedag in der Vertretung übernommen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesvertretung wünschen den beiden fachlich und persönlich sehr geschätzten Kollegen alles Gute in ihren neuen Funktionen.

Im Zuständigkeitsbereich der EU-Vertretung ist damit zum 1. Juni der Aufgabenbereich Umwelt und Naturschutz von Frau Kray auf Herrn Ecker gewechselt. Frau Kray hat ihrerseits von Frau Rahn die Zuständigkeitsbereiche des MWFK übernommen.

(Dr. Marcus Wenig)

